

# Dokumente der Vereinten Nationen

Ab dem Jahrgang 2006 werden in der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN nur noch besonders wichtige deutschsprachige Dokumente des Sicherheitsrats, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinten Nationen im Volltext abgedruckt. Stattdessen wird eine Liste der im zurückliegenden Zeitraum verabschiedeten Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats sowie ausgesuchter Resolutionen der Generalversammlung oder anderer Organe mit einer kurzen Inhaltsangabe und den (etwaigen) Abstimmungsergebnissen abgedruckt. Zu finden sind diese Dokumente über die Website des Deutschen Übersetzungsdienstes: <http://www.un.org/Depts/german> oder über das allgemeine elektronische Do-

kumentenarchiv der Vereinten Nationen (Official Document System – ODS) unter: <http://documents.un.org>. (Zu den Recherchemöglichkeiten siehe: Monika Torrey, Der Deutsche Übersetzungsdienst der UN. Ein Leitfaden für die Dokumentenrecherche, VN 1–2/2006, S. 72f.)

In der folgenden Übersicht sind Resolutionen der Generalversammlung sowie Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats von Juni bis August 2006 aufgeführt. Die Dokumente sind alphabetisch nach Ländern, Regionen oder Themen sortiert. In der jeweiligen Rubrik erfolgt die Auflistung chronologisch (das älteste Dokument zuerst).

## Generalversammlung

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
HIV/Aids	A/RES/60/262	2.6.2006	<b>Die Generalversammlung</b> verabschiedet eine Politische Erklärung zu HIV/Aids. Darin erklären die Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter von Staaten und Regierungen, dass sie sich bewusst sind, dass HIV/Aids einen globalen Notstand und eine der gewaltigsten Herausforderungen für die Welt darstellt und außergewöhnliche und umfassende Maßnahmen erfordert. Sie bekräftigen unter anderem ihre Entschlossenheit, die von der Generalversammlung auf ihrer 26. Sondertagung im Jahr 2001 verabschiedete Verpflichtungserklärung vollinhaltlich umzusetzen und die Millenniums-Entwicklungsziele, insbesondere das Ziel, die Ausbreitung von HIV/Aids und Malaria zum Stillstand zu bringen und sie allmählich zum Rückzug zu zwingen, zu erreichen. Sie verpflichten sich, zur Überwindung der rechtlichen oder sonstigen Hindernisse, die den Zugang zu wirksamer HIV-Prävention sowie zu damit zusammenhängenden Medikamenten verhindern, zu überwinden. Sie beschließen ferner, in den Jahren 2008 und 2011 umfassende Überprüfungen der Fortschritte vorzunehmen.	Ohne förmliche Abstimmung angenommen

## Sicherheitsrat

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungsergebnis
Côte d'Ivoire	S/PRST/2006/32	19.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> begrüßt die Initiative des Generalsekretärs, der das Treffen auf hoher Ebene am 5. Juli 2006 in Yamoussoukro organisiert hat. Er fordert alle ivoirischen Parteien auf, ihre eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und vereinbarten Fristen einzuhalten. Der Rat fordert außerdem alle ivoirischen Parteien auf, die Umsetzung des Etappenplans zu beschleunigen, um die für die Abhaltung freier Wahlen bis zum 31. Oktober unerlässlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Internationale Arbeitsgruppe soll die volle Durchführung der am 5. Juli 2006 von allen ivoirischen Parteien gefassten Beschlüsse überwachen und dem Rat Bericht erstatten. Der Rat unterstreicht, dass er bereit ist, gegen Personen, die die Durchführung des Friedensprozesses blockieren oder schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, gezielte Maßnahmen zu verhängen. Der Sicherheitsrat begrüßt die Absicht des Generalsekretärs, im September 2006 ein Treffen zur Situation in Côte d'Ivoire abzuhalten.	
	S/PRST/2006/37	7.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> begrüßt, dass in ganz Côte d'Ivoire mobile Gerichte eingesetzt worden sind. Gleichzeitig verurteilt er jedoch die Behinderung des normalen Funktionierens dieser mobilen Gerichte, zu denen politische Führer aufgerufen hatten. Der Sicherheitsrat verlangt, dass die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Côte d'Ivoires jederzeit im Einklang mit dem Recht handeln, um die volle Sicherheit der Bevölkerung, einschließlich der Ausländer zu gewährleisten. Der Rat sieht es als erforderlich an, die zweite Phase des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms vor der nächsten Sitzung der Internationalen Arbeitsgruppe abzuschließen.	

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Internationale Strafgerichte	S/RES/1705(2006)	29.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> beschließt, dass Richter Solomy Balungi Bossa mit Wirkung vom 28. August 2006 ermächtigt wird, auch weiterhin als Richter am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda im Fall Butare tätig zu sein, bis dieser abgeschlossen ist.	Einstimmige Annahme
Irak	S/RES/1700(2006)	10.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> begrüßt das Schreiben des irakischen Außenministers an den Generalsekretär vom 3. August 2006 (S/2006/609), in dem die Regierung Iraks ihre Auffassung bekundet, dass der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) weiterhin eine entscheidende Rolle dabei zukommt, die irakischen Bemühungen um den Aufbau einer produktiven und prosperierenden Nation zu unterstützen. Der Rat ist erfreut, dass der Generalsekretär dem Ersuchen der Regierung Iraks zugestimmt hat, dass die Vereinten Nationen als Kovorsitzende dem am 27. Juli 2006 mit einer gemeinsamen Erklärung der Regierung Iraks und der Vereinten Nationen gegründeten Internationalen Pakt für Irak starke Unterstützung gewähren werden. Ferner beschließt der Rat, das Mandat der UNAMI um einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern und das Mandat in zwölf Monaten oder früher zu überprüfen, falls die Regierung Iraks darum ersucht.	Einstimmige Annahme
Kinder	S/PRST/2006/33	24.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> begrüßt die Ernennung von Radhika Coomaraswamy zur neuen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte. Der Rat fordert die Parteien bewaffneter Konflikte nachdrücklich auf, mit der Sonderbeauftragten sowie mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle weiteren Verstöße und Missbrauchshandlungen zu beenden. Der Rat begrüßt die laufende Anwendung des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus für Kinder und bewaffnete Konflikte und erkennt die erbrachten Ergebnisse an. Ferner bittet er die Geberländer, zusätzliche Mittel zum Ausbau des Mechanismus und zur Wiedereingliederung der Kinder bereitzustellen.	
Massen- vernichtungs- waffen	S/RES/1695(2006)	15.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> verurteilt die mehrfachen Starts ballistischer Flugkörper durch die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) am 5. Juli 2006 (Ortszeit) und verlangt, dass die DVRK alle damit verbundenen Aktivitäten aussetzt. Der Rat fordert sie auf, ihrer zuvor eingegangenen Verpflichtung auf ein Moratorium für Flugkörperstarts wieder nachzukommen und missbilligt die Ankündigung der DVRK, von dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zurückzutreten. Ferner fordert der Sicherheitsrat die Mitgliedstaaten auf, den Transfer von Flugkörpern und dazugehörigen Artikeln, Materialien, Gütern und Technologien für die Flugkörper- oder Massenvernichtungswaffenprogramme der DVRK zu verhindern. Der Sicherheitsrat fordert die DVRK außerdem auf, sofort und ohne Vorbedingungen wieder an den Sechs-Parteien-Gesprächen teilzunehmen, auf die rasche Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung vom 19. September 2005 hinzuwirken, insbesondere alle Kernwaffen und bestehenden Nuklearprogramme aufzugeben, und möglichst bald wieder dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beizutreten und die Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) anzuwenden.	Einstimmige Annahme
	S/RES/1696(2006)	31.7.2006	Tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 40 der Charta der Vereinten Nationen, fordert <b>der Sicherheitsrat</b> Iran auf, ohne weitere Verzögerung die vom Gouverneursrat der IAEA in seiner Resolution GOV/2006/14 geforderten Schritte zu unternehmen, die unerlässlich sind, um Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Zweck seines Nuklearprogramms aufzubauen. Er verlangt, dass Iran alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und alle Wiederaufarbeitungsaktivitäten aussetzt. Der Sicherheitsrat fordert alle Staaten auf, Wachsamkeit zu üben und den Transfer aller Artikel, Materialien, Güter und Technologien zu verhindern, die zu den mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten, den Wiederaufarbeitungsaktivitäten und zu den Flugkörperprogrammen Irans beitragen könnten. Ferner fordert der Rat Iran auf, im Einklang mit den Bestimmungen des Zusatzprotokolls zu handeln und unverzüglich alle Transparenzmaßnahmen zu ergreifen, die die IAEA zur Unterstützung ihrer laufenden Untersuchungen verlangt. Der Sicherheitsrat ersucht den Generaldirektor der IAEA, bis zum 31. August dem Gouverneursrat der IAEA und dem Sicherheitsrat zur Prüfung einen Bericht vorzulegen. Er erklärt seine Absicht, für den Fall, dass Iran diese Resolution bis zu dem genannten Datum nicht befolgt hat, geeignete Maßnahmen nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen zu beschließen.	+ 14; -1 (Katar); =0

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
Nahost	S/PRST/2006/34	27.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> ist tief bestürzt und betroffen über den Beschluss eines Beobachtungspostens der Vereinten Nationen in Südlibanon durch die Israelischen Verteidigungskräfte am 25. Juli 2006, durch den vier Militärbeobachter der Vereinten Nationen getötet wurden. Er bekundet den Familien sein tiefstes Mitgefühl. Die Regierung Israels wird aufgefordert, umfassende Untersuchungen dieses Vorfalls durchzuführen und die Ergebnisse so bald wie möglich zu veröffentlichen.	
	S/PRST/2006/35	30.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> ist betroffen über den Beschluss eines Wohngebäudes in Kana in Südlibanon durch die Israelischen Verteidigungskräfte, durch den Zivilpersonen getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden. Er fordert ein Ende der Gewalt und unterstreicht, wie vordringlich es ist, eine anhaltende, dauerhafte und bestandsfähige Waffenruhe zu sichern. Ferner fordert der Rat alle Parteien nachdrücklich auf, sofortigen und uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe zu gewähren und ist entschlossen, ohne weitere Verzögerung auf die Verabschiedung einer Resolution für eine dauerhafte Beilegung der Krise hinzuwirken.	
	S/RES/1697(2006)	31.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> ist tief besorgt über die Eskalation der Feindseligkeiten in Libanon und Israel seit dem 12. Juli 2006. Er nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Geschäftsträgers a.i. der Ständigen Vertretung Libanons bei den Vereinten Nationen vom 7. Juli 2006 (S/2006/496), in dem der Generalsekretär ersucht wird, der Sicherheitsrat möge das Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) um weitere sechs Monate verlängern. Der Rat fordert alle betroffenen Parteien nachdrücklich auf, sich streng an ihre Verpflichtung zu halten, die Sicherheit des Personals der UNIFIL und des sonstigen Personals der Vereinten Nationen zu gewährleisten und der Truppe zu gestatten, ihre Stellungen wieder zu versorgen, Such- und Rettungseinsätze für ihr Personal durchzuführen und alle weiteren notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit ihres Personals zu gewährleisten. Der Sicherheitsrat beschließt, das Mandat der UNIFIL bis zum 31. August 2006 zu verlängern.	Einstimmige Annahme
	S/RES/1701(2006)	11.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> betont, dass die Ursachen der gegenwärtigen Krise dringend angegangen werden müssen, namentlich durch die bedingungslose Freilassung der entführten israelischen Soldaten sowie die Klärung der Frage der in Israel inhaftierten libanesischen Gefangenen. Der Rat fordert die sofortige Einstellung aller Angriffe durch die Hisbollah sowie die Einstellung aller offensiven Militäroperationen durch Israel. Ferner fordert er die Regierung Libanons und die UNIFIL auf, ihre Truppen im gesamten Süden gemeinsam zu dislozieren sowie die Regierung Israels, parallel zum Beginn dieser Dislozierung alle ihre Truppen aus dem Süden Libanons abzuziehen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, dass die libanesische Regierung ihre Kontrolle auf das gesamte libanesische Hoheitsgebiet ausweitet, so dass es keine Waffen ohne die Zustimmung der Regierung Libanons und keine Autorität außer der der Regierung Libanons geben wird und bekundet seine Unterstützung für die uneingeschränkte Achtung der Blauen Linie. Des Weiteren bittet der Rat die internationale Gemeinschaft, dem libanesischen Volk finanzielle und humanitäre Hilfe zu gewähren. Israel und Libanon werden aufgefordert, eine ständige Waffenruhe und eine langfristige Lösung zu unterstützen. Der Sicherheitsrat beschließt, die Truppenstärke der UNIFIL auf bis zu 15 000 Soldaten zu erhöhen.	Einstimmige Annahme
Ostafrikanisches Zwischenseengebiet	S/RES/1698(2006)	31.7.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> verurteilt die anhaltenden illegalen Waffenbewegungen innerhalb der Demokratischen Republik Kongo und in die Demokratische Republik Kongo. Der Rat ersucht den Generalsekretär, so rasch wie möglich die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, um das Mandat der Sachverständigengruppe um einen am 31. Juli 2007 endenden Zeitraum zu verlängern und notwendige zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. Ferner ersucht der Rat die Sachverständigengruppe, ihr Mandat weiter zu erfüllen, und ihm über den Sanktionsüberwachungsausschuss bis zum 20. Dezember 2006 und erneut vor dem 10. Juli 2007 schriftlich Bericht zu erstatten. Der Generalsekretär wird ersucht, in enger Abstimmung mit der Sachverständigengruppe vor dem 15. Februar 2007 einen Bericht vorzulegen. Der Rat ruft die Regierung Kongos auf, die staatliche Autorität auf das gesamte Hoheitsgebiet auszudehnen, die Ausbeutung und die Ausfuhr natürlicher Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und die Transparenz der Exporterlöse aus diesen natürlichen Ressourcen zu erhöhen.	Einstimmige Annahme

	UN-Dok.-Nr.	Datum	Gegenstand	Abstimmungs- ergebnis
	S/PRST/2006/36	3.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> bekundet seine Hochachtung gegenüber den Bürgern Kongos, die am 30. Juli 2006 frei und auf friedliche Weise an demokratischen Wahlen teilnahmen und appelliert an sie, die Ergebnisse mit staatsbürgerlicher Verantwortung entgegenzunehmen und bei den nachfolgenden Wahlen dasselbe Engagement unter Beweis zu stellen. Er bekundet der Unabhängigen Wahlkommission seine Anerkennung und dem Komitee der Weisen seine Unterstützung. Der Rat dankt der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) sowie allen internationalen und afrikanischen Partnern. Der Rat beklagt jedoch die Zwischenfälle, die sich in insbesondere in Kinshasa, Mbuji Mayi und Mweka ereignet haben und fordert alle politischen Akteure in Kongo nachdrücklich auf, weiterhin darauf hinzuwirken, dass der Wahlprozess gemäß dem vereinbarten Zeitplan abläuft. Ferner fordert der Rat die politischen Führer auf, Hetzreden zu unterlassen.	
<b>Sanktions- fragen</b>	S/RES/1699(2006)	8.8.2006	In seiner Resolution 1617(2005) ersuchte <b>der Sicherheitsrat</b> , die Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) und dem Ausschuss nach Resolution 1267(1999) zu verstärken. Er begrüßt, dass die Interpol dem Ausschuss bei der Erfüllung seines Mandats konstruktiv behilflich war, unter anderem durch die Einführung der Besonderen Mitteilungen (Special Notices). Ferner stellt er fest, dass die Interpol auch anderen vom Sicherheitsrat eingesetzten Sanktionsausschüssen zugute kommen könnte. Der Rat ersucht den Generalsekretär, die notwendigen Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Interpol zu ergreifen.	Einstimmige Annahme
<b>Sudan</b>	S/RES/1706(2006)	31.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> beschließt, unbeschadet des bestehenden Mandats und der derzeitigen Tätigkeit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) gemäß Resolution 1590(2005) das Mandat um bis zu 17 300 Soldaten und einen angemessenen zivilen Anteil, darunter bis zu 3300 Zivilpolizisten und bis zu 16 organisierte Polizeieinheiten, auszuweiten und die Personalstärke sowie die Struktur unter Berücksichtigung der Entwicklungen regelmäßig zu überprüfen. Er beschließt, die UNMIS bis spätestens 1. Oktober 2006 nach Darfur zu verlegen und fordert die Regierung der nationalen Einheit auf, ihre Zustimmung zu erteilen. Der Generalsekretär wird ersucht, im Einklang mit der Empfehlung in seinem Bericht vom 28. Juli 2006 die rasche Entsendung zusätzlicher Kapazitäten für die UNMIS zu veranlassen. Der Rat beschließt außerdem, dass die UNMIS nach Ablauf des Mandats der Mission der Afrikanischen Union in Sudan (AMIS) keinesfalls jedoch später als am 31. Dezember 2006 von der AMIS die Verantwortung für die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens für Darfur übernimmt. Er beschließt ferner, dass die UNMIS den Auftrag haben wird, die Durchführung des Friedensabkommens für Darfur vom 5. Mai 2006 und des Abkommens von N'Djamena über eine humanitäre Waffenruhe zu unterstützen. Tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, ermächtigt der Rat die UNMIS, in den Einsatzgebieten ihrer Truppen und soweit dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt, alle erforderlichen Mittel einzusetzen.	+12; -0; =3 (China; Katar; Russland)
<b>Timor-Leste</b>	S/RES/1703(2006)	18.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> beschließt, das Mandat des Büros der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNOTIL) bis zum 25. August 2006 zu verlängern.	Einstimmige Annahme
	S/RES/1704(2006)	25.8.2006	<b>Der Sicherheitsrat</b> beschließt, in der Demokratischen Republik Timor-Leste eine Folgemission, die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste (UNMIT), für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten einzurichten, mit der Absicht, sie um weitere Zeiträume zu verlängern. Er beschließt ferner, dass die UNMIT aus einem angemessenen zivilen Anteil, darunter bis zu 1608 Polizisten, und einem Anteil von anfangs bis zu 34 Verbindungs- und Staboffizieren bestehen wird. Zum Mandat der UNMIT gehört, Timor-Leste in allen Aspekten des Prozesses der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 zu unterstützen, namentlich durch technische und logistische Hilfe und durch die Präsenz von Polizeikräften für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen sowie beim weiteren Kapazitätsaufbau der Staats- und Regierungsinstitutionen behilflich zu sein. Der Rat ersucht den Generalsekretär und die Regierung Timor-Lestes, innerhalb von 30 Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen zu schließen.	Einstimmige Annahme